

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 16 | 22.04.2016

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

NEUERSCHEINUNGEN

Matthäus Metzler

[Ausgleichsenergie im Elektrizitätsrecht](#)

Untersuchung des Bilanzgruppensystems aus verwaltungs- und verfassungsrechtlicher Perspektive

Verlag Österreich; 193 Seiten, broschiert; 48,00 €; ISBN: 978-3-7046-7336-7

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 83/2016](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die **Leistungsabgeltungs-Verordnung 2013** geändert wird

[BGBl II 86/2016](#)

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft über Standes- und Ausübungsregeln für Gewerbliche Vermögensberater und Immobilienmakler, die die Tätigkeit der Kreditvermittlung ausüben (**Standesregeln für Kreditvermittlung**)

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 102 v 18.04.2016, 1](#)

Verordnung (EU) 2016/580 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. April 2016 zur **Einführung** dringender **autonomer Handelsmaßnahmen** für die **Tunesische Republik**

[ABl L 103 v 19.04.2016, 1](#)

Beschluss (EU) 2016/590 des Rates vom 11. April 2016 über die **Unterzeichnung** des im Rahmen des **Rahmenübereinkommens** der Vereinten Nationen **über Klimaänderungen geschlossenen Übereinkommens** von Paris im Namen der Europäischen Union

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

Keine Erkenntnisse im Berichtszeitraum.

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

VwGH 16.03.2016, [2013/05/0095](#)

Oö BauO; Oö RaumordnungsgG; Verwendung einer **ehemaligen Pension** zur **Unterbringung von Asylwerbern**; die zum Neubau einer Pension erteilte Baubewilligung aus dem Jahr 1974 umfasst unzweifelhaft die baurechtliche Bewilligung zur Verwendung des ggst Gebäudes zur Beherbergung von Fremden; von welcher Motivation das damalige Bauansuchen getragen war, ist nicht entscheidend, weshalb auch der Frage, ob die touristische Belebung der bf Marktgemeinde im Vordergrund gestanden hat, keine Bedeutung zukommt; insofern liegt durch die Unterbringung von Asylwerbern keine Abweichung vom Baukonsens vor

VwGH 16.03.2016, [Ra 2014/05/0038](#)

BauO für Wien; VwGVG; Bewilligung zur Errichtung eines Zubaus im Berufungsweg; **Aufhebung des Bescheids und Zurückverweisung der Angelegenheit** an die belangte Behörde durch das VwG; indem das VwG ohne Durchführung einer **öffentlichen mündlichen Verhandlung** davon ausging, dass es sich bei der Eingabe der Rw um ein (neues, eigenständiges) Bauansuchen handelt, über das mit dem bekämpften Bescheid entschieden worden sei, und seine Entscheidung somit auf Umstände gestützt hat, die nicht Gegenstand des Verwaltungsverfahrens waren, belastete es den angefochtenen Beschluss mit Rechtswidrigkeit

VwGH 16.03.2016, [Ra 2015/04/0042](#)

GewO; VwGVG; Vorwurf der Ausübung des **Handelsgewerbes** ohne die hierfür erforderliche Gewerbeberechtigung durch den **Verkauf eines Nahrungsergänzungsmittels im Rahmen des Betriebs eines Fitnessstudios**; das VwG durfte sich ggst nicht auf die Prüfung des § 32 Abs 1 Z 1 GewO beschränken, sondern hätte sich auch mit der Frage auseinandersetzen müssen, ob der Verkauf nicht auf andere in Betracht kommende Tatbestände des § 32 Abs 1 GewO, insb auf das in Z 10 normierte allgemeine Handelsrecht aller Gewerbetreibenden, gestützt werden kann

VwGH 17.03.2016, [Ra 2016/11/0014](#)

UnterbringungsG; die **Einlieferung einer Person in eine psychiatrische Abteilung eines Krankenhauses** ohne vorhergehende Untersuchung und Bescheinigung durch einen Arzt ist nur zulässig, wenn das **Vorliegen von Gefahr im Verzug** iSd § 9 Abs 2 UnterbringungsG zu jenem Zeitpunkt vertretbar angenommen werden konnte, als die Verbringung in die psychiatrische Abteilung unmittelbar bevorstand; das spätere – erst während der Fahrt zum Krankenhaus entwickelten – Verhalten der Person ist hingegen nicht ausschlaggebend

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 31.03.2016, [W118 2112367-1](#)

Allgemeines SozialversicherungsG; weder das Allgemeine SozialversicherungsG noch die VerfahrensO zur Herausgabe des Erstattungskodex enthalten im Hinblick auf die **ökonomische Evaluation eines Generikums** konkreten Regelungen zur

Bestimmung der zulässigen Breite des „Preisbandes“; dem Hauptverband ist es aber nicht verwehrt, im Rahmen des ihm eingeräumten Ermessens im Fall von unangemessenen Preisunterschieden einzuschreiten; eine Preisdifferenz im Ausmaß von rund 60 % des Produkts gegenüber dem günstigsten wirkstoffgleichen Produkt berechtigt den Hauptverband jedenfalls zum Einschreiten

BVwG 06.04.2016, [W193 2006762-1](#)

UVP-G; Präklusion im UVP-Verfahren; nach der aktuellen Judikatur des EuGH lassen es die unionsrechtlichen Vorschriften nicht zu, die Gründe, auf die der Rechtsbehelfsführer einen gerichtlichen Rechtsbehelf stützen kann, zu beschränken; Personen – wie ggst der Bf – die nicht spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung Einwendungen erheben, verlieren daher nicht ihre Stellung als Partei

LVwG Oö 31.03.2016, [LVwG-700129](#)

Oö PolizeistrafG; Verhängung einer Geldstrafe wegen **aggressiven und aufdringlichen Bettelns** im Stadtgebiet; ein **Sich-in-den-Weg-stellen** und mit ausgestreckter Hand um Geld betteln bildet zwar keine aggressive Verhaltensweise, ist aber einem unaufgeforderten Begleiten iSd § 1a Abs 1 Oö PolizeistrafG gleichzuhalten und damit tatbildmäßig

LVwG Oö 15.04.2016, [LVwG-000130](#)

Lebensmittelsicherheits- und VerbraucherschutzG; Verhängung einer Geldstrafe wegen **missverständlicher Kennzeichnung eines Lebensmittels** durch die **Angabe „Ohne Konservierungsmittel“**, obwohl das Produkt einen in einer konservierend wirkenden Konzentration beigemengten Zusatzstoff enthalten haben soll; allein die Einreihung eines Zusatzstoffs in eine bestimmte „**Funktionsklasse**“ iSd **Anhangs I der VO 1333/2008** bildet keinen hinreichenden Nachweis dafür, dass dem Stoff eine konservierende bzw antioxidierende Wirkung zukommt; Voraussetzungen für die Erteilung einer Ermahnung ggst nicht gegeben

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

LVwG NÖ 03.03.2016, [LVwG-AV-992/001-2015](#)

UVP-G; GewO; die Möglichkeit einer „**de facto – UVP**“ im Rahmen des **gewerberechtlichen Betriebsanlagenverfahrens** ist **unionsrechtlich unzulässig**, weil ein gewerbliches Genehmigungsverfahren, wie das durch die §§ 74 Abs 2 und 77 Abs 1 GewO geregelte, nicht den Erfordernissen der Unionsregelung über die UVP entsprechen kann

LVwG NÖ 15.03.2016, [LVwG-S-733/001-2014](#)

GlücksspielG; bei Gesamtwürdigung aller Umstände liegt **keine Gemeinschaftsrechtswidrigkeit** durch die **Beschränkungen der Glücksspieltätigkeiten** vor; die von der österreichischen Regelung vorgesehenen Beschränkungen verfolgen vom EuGH anerkannte Gründe des Allgemeininteresses, insb das Ziel des Spielerschutzes, sind geeignet, diese zu erreichen und es ist im Verfahren darüber hinaus keine Unverhältnismäßigkeit oder Inkohärenz hervorgekommen

LVwG Stmk 15.03.2016, [LVwG 40.22-3435/2015](#)

VwGVG; maßgeblich für die **Zuständigkeit zur Entscheidung über einen Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand** ist, ob der Antrag vor Vorlage der Beschwerde gestellt wurde oder erst danach; wurde der Antrag vor dem Zeitpunkt der Vorlage gestellt, bleibt die belangte Behörde auch nach Vorlage der Beschwerde an das LVwG zuständig

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[19.04.2016, Rs C-441/14, DI](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – **Charta der Grundrechte** der Europäischen Union – Richtlinie 2000/78/EG – Verbot der **Diskriminierung wegen des Alters** – Nationale Regelung, die gegen eine Richtlinie verstößt – Möglichkeit des Einzelnen, den **Staat** wegen Verstoßes gegen das Unionsrecht **haftbar zu machen** – Rechtsstreit zwischen Privatpersonen – Abwägung verschiedener Rechte und Grundsätze – Grundsätze der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes – **Rolle des nationalen Gerichts**

[20.04.2016, Rs C-366/13, Profit Investment SIM](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Begriff **„widernsprechende Entscheidungen“** – Gegen mehrere Beklagte, die in verschiedenen Mitgliedstaaten ansässig sind, gerichtete Klagen, die nicht denselben Gegenstand haben – Voraussetzungen für eine Vereinbarung über die Zuständigkeit – **Gerichtsstandsklausel** – Begriff ‚Vertrag oder Ansprüche aus einem Vertrag‘ – Prüfung des **Fehlens einer wirksamen vertraglichen Beziehung**

[21.04.2016, Rs C-381/14 und C-385/14, Sales Sinués](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 93/13/EWG – Verträge zwischen Gewerbetreibenden und Verbrauchern – **Hypothekerverträge** – **Mindestzinssatzklausel** – Prüfung der Klausel im Hinblick auf ihre **Ungültigerklärung** – Verbandsverfahren – Unterlassungsklage – Aussetzung des Individualverfahrens mit demselben Gegenstand

[21.04.2016, Rs C-200/13 P, Rat / Bank Saderat Iran und Kommission](#)

Rechtsmittel – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – **Bekämpfung der nuklearen Proliferation** – Restriktive Maßnahmen gegen die Islamische **Republik Iran** – **Einfrieren von Geldern** einer iranischen Bank – **Begründungspflicht** – Verfahren für den Erlass eines Rechtsakts – Offensichtlicher Beurteilungsfehler

[21.04.2016, Rs C-377/14, Radlinger und Radlingerová](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 93/13/EWG – Art 7 – Nationale Vorschriften zur Regelung des **Insolvenzverfahrens** – Schulden aus einem Verbraucherkreditvertrag – Wirksamer gerichtlicher Rechtsbehelf – Nr 1 Buchst e des Anhangs – **Unverhältnismäßigkeit des Entschädigungsbetrags** – Richtlinie 2008/48/EG – Art 3 Buchst I – Gesamtkreditbetrag – Nr I des Anhangs I – **Höhe des Kreditauszahlungsbetrags** – Berechnung des effektiven Jahreszinses – Art 10 Abs 2 – Informationspflicht – **Prüfung von Amts wegen** – Sanktion

[21.04.2016, Rs C-558/14, Khachab](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2003/86/EG – Art 7 Abs 1 Buchst c – **Familienzusammenführung** – Voraussetzungen für die Ausübung des Rechts auf Familienzusammenführung – Feste, regelmäßige und **ausreichende Einkünfte** – Nationale Regelung, die eine Prognose über die Wahrscheinlichkeit erlaubt, dass dem Zusammenführenden seine Einkünfte weiterhin zur Verfügung stehen werden – Zulässigkeit

[21.04.2016, Rs C-572/14, Austro-Mechana](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – **Gerichtliche Zuständigkeit** in Zivil- und Handelssachen – Art 5 Nr 3 – Begriff der unerlaubten Handlung oder einer Handlung, die einer unerlaubten Handlung gleichgestellt ist – Richtlinie 2001/29/EG – **Harmonisierung** bestimmter Aspekte des **Urheberrechts** und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft – Art 5 Abs 2 Buchst b – **Vervielfältigungsrecht** – Ausnahmen und Beschränkungen – Vervielfältigung zum **privaten Gebrauch** – Gerechter Ausgleich – Nichtzahlung – Mögliche Einbeziehung in den Anwendungsbereich von Art 5 Nr 3 der Verordnung (EG) Nr 44/2001

B. SCHLUSSANTRÄGE

[20.04.2016, Rs C-113/14, Deutschland / Parlament und Rat \(GA Szpunar\)](#)

Nichtigkeitsklage – **Wahl der Rechtsgrundlage** – AEU-Vertrag – Art 43 Abs 2 und 3 – Gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse – Verordnung (EU) Nr 1308/2013 – Art 7 – Verordnung (EU) Nr 1370/2013 – Art 2 – **Maßnahmen zur Festsetzung der Preise** – Referenzschwellenwerte – Interventionspreise

[21.04.2016, Rs C-135/15, Nikiforidis \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – **Auf einen Arbeitsvertrag anwendbares Recht** – Verordnung (EG) Nr 593/2008 (Rom I) – Art 28 – Zeitlicher Anwendungsbereich – Art 9 Abs 3 – Fremde Eingriffsnormen – Vorschrift eines Mitgliedstaats, nach der die **Vergütung von Arbeitnehmern** im öffentlichen Sektor **wegen einer Finanzkrise herabgesetzt** wird

[21.04.2016, Rs C-8/15 P, C-9/15 P, C-10/15 P, Ledra Advertising / Kommission und EZB \(GA Wahl\)](#)

Rechtsmittel – **Europäischer Stabilitätsmechanismus** – Stabilitätshilfeprogramm für **Zypern** – Memorandum of Understanding on Specific Economic Policy Conditionality zwischen der Republik Zypern und der Europäischen Zentralbank (EZB), dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Kommission – **Schadensersatz-** und Nichtigkeitsklagen – **Verpflichtungen der Kommission**

[21.04.2016, Rs C-15/15, New Valmar \(GA Saugmandsgaard Øe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Freier Warenverkehr** – Art 35 AEUV – Verbot von **Maßnahmen mit gleicher Wirkung** wie mengenmäßige Ausfuhrbeschränkungen – Unternehmen, das seinen Sitz im niederländischen Sprachgebiet des Königreichs Belgien hat – Regelung, die unter Androhung absoluter Nichtigkeit vorschreibt, dass **Rechnungen in niederländischer Sprache** abzufassen sind – Vertrag mit **grenzüberschreitendem Charakter** – Beschränkung – Rechtfertigung – Verhältnismäßigkeit

[21.04.2016, Rs C-105/15 P bis C-109/15 P, Mallis und Malli / Kommission und EZB \(GA Wathelet\)](#)

Rechtsmittel – **Stabilitätshilfeprogramm Republik Zypern** – Vereinbarung zwischen den Ländern der Euro-Gruppe und den zyprischen Behörden über u a die **Restrukturierung des Bankensektors** der Republik Zypern – Durchführung dieses Teils der Vereinbarung durch die Zentralbank Zyperns – Nichtigkeitsklage

[21.04.2016, Rs C-147/15, Edilizia Mastrodonato \(GA Kokott\)](#)

Richtlinie 2006/21/EG – **Bergbauabfälle** – Richtlinie 1999/31/EG – Deponien – Verfüllung eines stillgelegten Steinbruchs mit Abfällen – **Verwertung von Abfällen**

[21.04.2016, Rs C-189/15, IRCCS - Fondazione Santa Lucia \(GA Campos Sánchez-Bordona\)](#)

Steuerrecht – **Besteuerung von Energieerzeugnissen** und elektrischem Strom – Begriff ‚**Steuerermäßigungen**‘ – Betriebe des verarbeitenden Gewerbes, die **große Stromverbraucher** sind – Mechanismus zur **Reduzierung der allgemeinen Kosten** des Stromsystems

[21.04.2016, Rs C-221/15, Etablissements Fr. Colruyt \(GA Wahl\)](#)

Richtlinie 2011/64/EU – **Verbrauchssteuern auf Tabakerzeugnisse** – Kleinverkaufspreise von Tabakerzeugnissen – Steuerbanderole – Mindestpreise – Freier Warenverkehr – **Mengenmäßige Beschränkungen** – Art 101 AEUV

[21.04.2016, Rs C-270/15 P, Belgien / Kommission \(GA Bobek\)](#)

Rechtsmittel – **Staatliche Beihilfen** – Verhütung, Kontrolle und Tilgung bestimmter transmissibler spongiformer Enzephalopathien (TSE) – **Finanzierung** der Kosten für **Tests** auf bovine spongiforme Enzephalopathien (BSE) – Begriff der Selektivität – Bezugsrahmen – Vergleichbarkeit

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth; Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Wiss.-Mit. Mag. Sarah Heiml; Mag. Matthäus Schmied;

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.